

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Sulzberger**
und **Hafenecker**

betreffend: **Offensive Anti-Atompolitik gegenüber Nachbarstaaten**

Die aktuelle Atomkatastrophe in Japan ist ein weiterer Beweis dafür, welche lebensbedrohenden Gefahren tatsächlich von Atomkraftwerken ausgehen. Sie zeigt auf, dass es keine 100 %-ige Sicherheit geben kann und geben wird. Doch dieser Vorfall in Japan könnte morgen oder übermorgen auch in Europa bzw. in einem Nachbarstaat stattfinden. Ein Blick über unsere Staatsgrenzen zeigt, dass Österreich bzw. Niederösterreich in punkto atomarer Bedrohung keine Insel der Seligen sind. Temelin, Mochovce, Bohunice, Dukovany und Paks sind nur einige Bedrohungsszenarien, die leider immer öfters als tickende Zeitbomben bezeichnet werden. Bedenkt man, dass in Japan die Hauptstadt Tokio als extrem gefährdet eingestuft wird und die dortige Bevölkerung in etwa 240 Kilometer vom AKW Fukushima entfernt lebt, ist die Lage unserer angrenzenden AKW's mindestens so gefährlich. Die meisten befinden sich in einer 100 bis 200 Kilometer-Zone von Österreich bzw. Niederösterreich entfernt. Nun gibt es bereits einen Vorstoß der EU, dass sämtliche europäische AKW's sich einem sogenannten „Stresstest“ zu unterziehen haben. Wurde dieser Vorschlag in den meisten EU-Staaten positiv aufgenommen und tatsächlich als zum Schutz der Bevölkerung als notwendig empfunden, kam aus dem angrenzenden Nachbarstaat Tschechien sofort ein klares Nein. Trotz ständiger Vorfälle im AKW Temelin und massiven Bürgerprotesten bereits beim Bau dieser Anlage, vertritt Tschechien die Meinung, dass ein „Stresstest“ für dieses AKW nicht notwendig ist. Diese Haltung ist als absolute Provokation zu werten und kann in keiner Weise toleriert werden.

Des Weiteren sollte auch die Politik in den Bundesländern und speziell in Niederösterreich darüber nachdenken, dass man zumindest alle in Grenznähe befindlichen Atomkraftwerke zum Abschalten und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie auffordert. Selbstverständlich müssten diesen Schritte durch Verhandlungen und auch durch Unterstützung bei der Frage von alternativen Energieformen erfolgen. Bei diesen Verhandlungen wäre auch über geplante

Atommüllendlager in Grenznähe zu diskutieren. Insgesamt heißt das, dass sich die niederösterreichischen Politiker für eine offensive Anti-Atompolitik gegenüber unseren Nachbarstaaten einsetzen müssen. Denn letztendlich geht es um die Sicherheit der Umwelt und das Leben von Mensch und Tier.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag bekennt sich zu einer offensiven Anti-Atompolitik gegenüber unseren Nachbarstaaten.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung alle nur möglichen Verhandlungen mit dem Bund und den Nachbarstaaten zu führen, dass ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomkraft der Nachbarstaaten zu erfolgen hat. In einem Stufenplan sollte der Totalausstieg in spätestens 10 Jahren erfolgt sein.
3. Die NÖ Landesregierung möge bei diesen Verhandlungen auch die Frage von Atommüllendlagern in Grenznähe zur Sprache bringen und selbstverständliche eine Hilfestellung im Zuge von Ausstiegsszenarien anbieten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zuzuweisen.